

Gespräche mit kirchenleitenden Personen

2. Oktober 1989

Hinweis auf Gespräche mit kirchenleitenden Personen [Bericht K 3/109]

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 5375, Bl. 2–3.

Serie

Ablage K 3 (Kunst, Kultur u. a. Bereiche).

Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, Carlsohn, Mittig, Leiter HA XX, Irmeler (ZAIG), ZAIG/1/6.

Verweis

Information [428/89](#).

Auf der Grundlage der Information des MfS Nr. [428/89](#) vom 26. September 1989 über die öffentlichkeitswirksame provokatorisch-demonstrative Aktion im Anschluss an das sogenannte Montagsgebet in der Nikolaikirche in Leipzig¹ am 25. September 1989 wurde durch den Staatssekretär für Kirchenfragen, Genossen *Löffler*,² mit Bischof *Hempel/Dresden*³ am 28. September 1989 ein Gespräch geführt.

Bischof *Hempel* wurde mitgeteilt, dass sich die montäglichen Friedensgebete unwiderlegbar zum ständigen Ausgangspunkt für fortgesetzte und sich ausweitende Provokationen gegen den sozialistischen Staat entwickelt haben und eine bewiesene eklatante Verletzung des Artikels 39 der Verfassung der DDR⁴ sowie anderer Gesetze und Rechtsvorschriften durch Personen, die im Namen der Kirche zu handeln vorgeben, darstellen. Er wurde nachdrücklich aufgefordert, die Organisatoren und Gestalter der Veranstaltungen in der Nikolaikirche, die Pfarrer *Führer*⁵ und *Wonneberger*,⁶ zu disziplinieren und die Friedensgebete in der jetzigen Form einzustellen. Bischof *Hempel* erwiderte, er habe »von seinen Leuten« eine andere Darstellung des Verlaufes des Montagsgebetes erhalten, er werde aber in Absprache mit dem Landeskirchenrat notwendige Schritte überdenken und auf die Leipziger Pfarrer Einfluss nehmen. Er sei überzeugt, *Führer* und *Wonneberger* hätten keine staatsfeindlichen Absichten; sie hätten ihm in die Hand versprochen, den Boden der Verfassung nicht zu verlassen.

Über die ihm vorgehaltene Ausdehnung der Friedensgebete auf andere Kirchen zeigte er sich bestürzt und versprach, auch in diesem Falle Einfluss zu nehmen.

Bischof *Hempel* äußerte weiter ziemlich erregt, die Demonstrationen in Leipzig seien nur »Symptome für tiefer liegende Ursachen und sind so nur Randerscheinungen«. Er nannte seine bekannten Auffassungen in Bezug auf notwendige Veränderungen der Informationspolitik, die Aufnahme eines offenen Dialogs Staat – Kirche, die Entwicklung der Demokratie usw., damit »die Ursachen für die Krise, die zum Abwandern vieler Menschen⁷ und zum weitverbreiteten Entstehen von Resignation geführt« hätten, beseitigt werden. Er betonte, dass seine Meinung der Regierung übermittelt werden solle und führte weiter aus, er habe dieses Land geliebt und es für die menschlichste Lösung einer Gesellschaftsordnung gehalten; nunmehr werde er aber müde, weil er keine Bereitschaft spüre, »offen und aufrichtig auf die Nöte unzähliger Menschen in den Städten und Gemeinden einzugehen«.

Entsprechend der zentral abgestimmten Festlegung erfolgte am 28. September 1989 durch Vertreter staatlicher Organe (Leiter der Abteilung I a der Bezirksstaatsanwaltschaft Leipzig, Leiter des Sektors Kirchenfragen des Rates des Bezirkes Leipzig) ein Gespräch mit Oberlandeskirchenrat *Auerbach/Dresden*⁸ und den Leipziger Pfarrern *Führer* und *Wonneberger*, in dem die staatliche Erwartungshaltung hinsichtlich der Verantwortlichkeit kirchlicher Amtsträger für die wiederholten Rechtsverletzungen im Anschluss an die sogenannten Montagsgebete dargelegt und zum Ausdruck gebracht wurde, dass dieses Gespräch als eine ernst zu nehmende Ermahnung und Belehrung gewertet werden sollte. Eine Diskussion zu diesen Problemen wurde nicht zugelassen.

der Überschrift »Schwerter zu Pflugscharen« befassten sich die Andachten mit der zunehmenden Militarisierung des Bildungswesens und der neuen Hochrüstung zwischen Ost und West. Als 1987 Pfarrer Christoph Wonneberger die Koordinierung der Friedensgebete übernahm und bewusst Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsgruppen einbezog, erhielten die Veranstaltungen größeren Zulauf. Die Basisgruppen sprachen die gesellschaftlichen Missstände immer offener an. Der Staat setzte daraufhin die Kirchenleitungen soweit unter Druck, dass sie den Basisgruppen ab August 1988 das Recht auf eine eigenständige Gestaltung der Gebete entzogen. Der Schritt löste heftige Proteste aus und führte im April 1989 unter Vermittlung von Pfarrer Christian Führer zu einer erneuten Einbindung der Gruppen nach einem geordneten Verfahren. In der Folgezeit nutzten kritische Bürger und Ausreiseantragsteller die Andachten, die auf staatliche Veranlassung nun »Montagsgebete« genannt wurden, um Kontakte zu knüpfen, Unterstützung zu suchen und Forderungen zu artikulieren. Sie nahmen immer stärker den Charakter von Großveranstaltungen an, aus denen ab September 1989 wöchentliche Demonstrationen hervorgingen. Vgl. Hollitzer, Tobias: Montagsgebete. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. München 2000, S. 261–263.

2

Kurt Löffler, Jg. 1932, SED-Funktionär, ab 1971 Mitarbeiter des ZK der SED, zuletzt stellvertretender Leiter der Abteilung Kultur des ZK der SED, 1973–88 Staatssekretär im Ministerium für Kultur, 1988/89 Staatssekretär für Kirchenfragen beim Ministerrat der DDR.

3

Johannes Hempel, Jg. 1929, evangelischer Theologe, 1972–94 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsen, 1982–86 Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.

4

Nach Artikel 39 der DDR-Verfassung hatte jeder Bürger das Recht, sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und diesen auszuüben. Kirchen und Religionsgemeinschaften wurde das Recht eingeräumt, ihre Tätigkeiten in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen der DDR auszuüben. Vgl. Hildebrandt, Horst (Hg.): Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts. München 1992, S. 252.

5

Christian Führer, Jg. 1943, evangelischer Theologe, seit 1980 Pfarrer der Leipziger Nikolaikirche, öffnete seit 1982 die Nikolaikirche für die von Pfarrer Christoph Wonneberger organisierten Friedensgebete, Mitarbeit im Netzwerk der Oppositionsgruppen »Konkret für den Frieden«, 1986 Aktion »Nikolaikirche – Offen für alle«, 1987 Organisator eines Pilgerwegs im Rahmen des Olof-Palme-Friedensmarsches, 1988 Moderation von Fürbitteandachten für die anlässlich der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Berlin Verhafteten, kooperierte im Jahr 1989 eng mit den Leipziger Oppositionsgruppen für die Gestaltung der Montagsgebete, die zum Ausgangspunkt der Montagsdemonstrationen wurden.

6

Christoph Wonneberger, Jg. 1944, evangelischer Theologe, seit 1985 Pfarrer der Lukaskirche in Leipzig-Volkmarisdorf, Gründung der oppositionellen »Arbeitsgruppe Menschenrechte«, 1986–89 Koordinator der montäglichen Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche, ermöglichte in der Lukaskirche Auftritte oppositioneller Liedermacher sowie Gesprächskreise und Andachten verschiedener Oppositionsgruppen, organisierte im Juli 1989 den »statt-Kirchentag« in der Lukaskirche für Gruppen, denen die Teilnahme am offiziellen Evangelischen Kirchentag versagt wurde, sorgte im Oktober 1989 für die mediale Bekanntmachung der Großdemonstrationen in Leipzig durch Kontakte zu westlichen Journalisten.

7

Das »Abwandern vieler Menschen« bzw. die »Ausreiseproblematik« beschreibt die restriktive Handhabung des Rechts auf freie Wohnortwahl in der DDR. Die »ständige Ausreise« aus der DDR in ein westliches Land war bis 1988 nicht rechtlich geregelt, obwohl sich die SED in diversen Abkommen, z. B. der KSZE-Schlussakte, zur Gewährung dieses Menschenrechts bekannte. Auch ohne Rechtsgrundlage beantragten immer mehr DDR-Bürger eine »ständige Ausreise«, zumeist in die Bundesrepublik: zuletzt circa 160 000 im Sommer 1989. Die intransparente und restriktive Genehmigungspraxis, die von repressiven Maßnahmen zur Zurückdrängung der Antragsteller flankiert wurde, veranlasste viele betroffene Ausreisewillige dazu, sich unter dem Dach der Kirche zu organisieren. Um ihren Anliegen Nachdruck zu verleihen, setzten einige auch auf öffentliche Proteste, besetzten Kirchen oder flohen in bundesdeutsche Botschaften, wie im Sommer 1989 in Prag, Warschau, Budapest und Ostberlin. Insbesondere Ungarn entwickelte sich zum Zentrum der DDR-Fluchtbewegung, nachdem Ungarn im Frühjahr 1989 mit dem Abbau von Sicherungsanlagen an seiner Grenze zu Österreich begonnen hatte. In Budapest und am Balaton mussten Flüchtlingslager für die mehreren Tausend DDR-Flüchtlinge eingerichtet werden. In der Nacht vom 10. zum 11. September öffnete Ungarn schließlich seine Grenze für DDR-Bürger und in den kommenden Wochen flohen etwa 57 000 DDR-Bürger über Österreich in die Bundesrepublik. Vgl. Oplatka, Andreas: Der erste Riß in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze. Wien 2009.

8

Dieter Auerbach, Jg. 1933, evangelischer Theologe, 1959–70 Pfarrer in Seiferdorf, 1973–83 Superintendent von Meißen, 1983–98 Leiter

des Landeskirchenamtes der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsen.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.